



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politischer Monatsbericht.

X Leipzig, Ende December.

Die letzten Wochen haben auf Preußens Beziehungen zu den übrigen europäischen Großmächten und namentlich zu Rußland ein Licht geworfen, dessen Klarheit wir, wenigstens zum großen Theil, preußenseindlichen Dunkelmännern zu danken haben. Der Besuch des Kronprinzen in Wien, das Zusammentreffen des Fürsten Gortschakow mit Herrn v. Beust und die Sendung des General Fleury nach Petersburg hatten die Möglichkeit einer veränderten diplomatischen Lage indicirt und sofort trafen von der Moskwa bis zur Donau und Seine alle Feinde unserer nationalen Sache in dem Bestreben zusammen, Preußens Stellung zu den übrigen Mächten als eine isolirte und unheilswangere zu bezeichnen. Wiener und Pariser Blätter brachten geheimnißvolle Andeutungen darüber, daß etwas im Werk sei, daß Frankreich und Rußland an dem türkisch-egyptischen Conflict und dem dalmatinischen Aufstande Gelegenheit genommen hätten, ihre Interessen in Einklang zu setzen und die Spitze derselben gegen die Berliner Regierung zu richten. Alte und neue Freunde in Dresden, Leipzig, Cassel u. s. w. trugen dafür Sorge, daß diese erfreulichen Neuigkeiten an die rechten Adressen kamen und von Moskau aus wurde ihnen nach Kräften secundirt. Den Wünschen der nationalen russischen Demokratie, welche eben einen Hauptsturm gegen die gemäßigten General-Gouverneure der ehemals polnischen Länder vorbereitete, konnte Nichts gelegener sein, als eine gleichzeitige Wendung in der auswärtigen Politik. Preußens imposanter Machtentfaltung hemmend in den Weg zu treten, die Eisenbahnprojecte zu hintertreiben, welche unsere Ostseeprovinzen mit den russischen Grenzländern in ausgiebigere Handelsbeziehung setzen sollten und im Bunde mit Frankreich den Rhedive gegen die loyalen Forderungen der Pfordte unterstützen — die Verwirklichung dieser Pläne hätte ein treffliches Complement zu jener inneren Politik abgegeben, welche in der Zerstörung der westeuropäischen Culturelemente eine Siegesbürgschaft für die gewünschte „rein-nationale“ Entwicklung sieht. — Der all' zu lebhafteste Eifer der Männer, welche sich zu diesem Werk die Hände reicheten, hat das bereits gelegte Fundament desselben wieder zerstört und die russische Regierung veranlaßt, durch die That zu beweisen, daß man sich in ihr verrecknet habe. Mit der Verleihung des höchsten russischen Militärordeus an den König von Preußen, war in der auswärtigen Politik Rußlands ein ebenso deutliches Wort gesagt, wie in der inneren.

Die Frage, ob diese Kundgebung auch ohne die Provocationen der Moskauer Nationalen und den deutsch-österreichischen Anti-Nationalen erfolgt wäre, entzieht sich natürlich der Untersuchung; zweifellos ist, daß ihre Deutlichkeit dem verführten Triumphgeschrei dieser Verbündeten, die eine Klärlegung der Situation erzwangen, wesentlich verpflichtet ist. Daß der Sieg ein vollständiger ist, haben die letzten Tage aufs Nachdrücklichste bestätigt. Das Petersburger Minister-Comité hat dem Grafen Lehndorf soeben die Concession zum Bau jener Ryk-Bjelostoker Eisenbahn ertheilt, über welche seit Jahren verhandelt worden ist und deren Hinderung die Moskausehe Zeitung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versucht hatte. Die Entscheidung dieser Streitfrage ist in politischer Beziehung mindestens ebenso wichtig wie in commerzieller, denn an ihr haben sich die Kräfte der europäisch gesinnten russischen Politiker und der moskowitischen Preußenfeinde seit Jahren gemessen: dem jetzt erfochtenen Siege der Ersteren waren zwei Niederlagen vorhergegangen. — Die practische Bedeutung dieses endlich zu Stande gekommenen Schienenwegs besteht bekanntlich darin, daß die ostpreussischen Hafenstädte (namentlich Königsberg) von dem westrussischen Exporthandel nicht ganz ausgeschlossen sein werden. Was von den militärischen Vortheilen gesagt wird, welche diese Bahn Preußen bieten und die ihm die Möglichkeit bieten sollen, an die wichtigsten Punkte Westrußlands zu jeder Zeit Truppenmassen werfen zu können, beruht auf Uebertreibungen und ist durch die Thatsache der Concessionsertheilung widerlegt.

Daß die Beziehungen Preußens zu Rußland unverändert die früheren geblieben sind, ist auf das zweite diplomatische Ereigniß des Monats, die Ausgleichung der Zwistigkeiten zwischen dem Padiſchah und seinem mächtigen ägyptischen Vasallen nicht ohne Einfluß gewesen. Die Partei, welche auf ein russisches Bündniß mit Frankreich hinarbeitet, vertritt zugleich den Gedanken einer Wiederaufnahme der orientalischen Politik von 1853 und hält es für Pflicht, jede Gelegenheit zur Schwächung und Auflösung des osmanischen Reichs auszunutzen. Beide Ziele stehen mit der russischen Nationaltradition in zu engem Zusammenhange, als daß ihre Erreichung von dem Programm der Petersburger Staatsmänner denkbar wäre und die jüngste Niederlage, welche die Moskauer Actionspartei erlitten, wird nur dazu führen, Entschiedenheit und Zusammenhalt derselben zu kräftigen. Nach dem, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, erscheint der Sieg der gemäßigten Partei in der litthauischen Frage überhaupt als bloße Episode und wie die Nachrichten aus den Ostseeprovinzen bekunden, hat sie schon keine allgemeine Bedeutung. Prävaliren in der inneren Politik die nationalen und demokratischen Elemente wieder, so kann eine Rückwirkung auf die äußere Politik, namentlich auf die Beziehungen zu Preußen und auf die Behandlung der orientalischen Angelegenheiten für die Dauer nicht ausbleiben, zumal die Lage des Fürsten Gortschakow gezählt sind.

Eine wirkliche Entscheidung wird freilich erst möglich sein, wenn die Zukunft Oesterreichs sich geklärt hat, denn die engen Beziehungen dieses Staats zu den orientalischen und zu den deutschen Dingen bildet immer wieder die Brücke zwischen preussischen und russischen Interessen, wenn diese auseinander zu fallen drohen. Die unaufhörlich wiederkehrenden Krisen der inneren österreichischen Politik üben jedesmal auf die auswärtigen Verhältnisse des Kaiserstaats entscheidenden Einfluß, denn dieser Staat umfaßt Völkerstämme, welche bei allen seinen Nachbarn Blutsverwandte und Freunde haben. — Möglich, daß die Krise, welche gegenwärtig vor der Thür steht, in ihren weiteren Folgen bereits die entscheidende sein wird. Die Thronrede, mit welcher Franz Joseph den Reichsrath eröffnete, ließ freilich nicht durchsehen, daß das System welches im Frühjahr 1868 so hoffnungsvoll inaugurirt worden, bereits überlebt und von den eigenen Freunden aufgegeben sei. Aber es bedurfte ihres Zeugnisses nicht erst, um den Wienern zu sagen, daß die letzte Stunde der bisherigen Verfassung geschlagen habe. In Galizien wird das System des Dualismus und der einheitlichen Vertretung aller cisleithanischen Länder von allen Parteien, die überhaupt mitzureden haben verworfen; die Resolutionen, welche die Polen dem Reichsrath neuerdings übergeben, sind, wenn sie es auch nicht ausdrücklich sagen, mit dem reinen Dualismus unvereinbar. Wie die Polen und Ruthenen Galiziens denken auch die übrigen österreichischen Slaven, mögen sie zur westlichen oder zur östlichen Reichshälfte gehören. Im steyrischen Landtage haben sie der Regierungspartei schon bei ihrem ersten Auftreten Schwierigkeiten bereitet; die Landtage von Böhmen und Mähren haben alle Bedeutung verloren, weil die Tschechen sich von ihnen fern halten, die Deutschen sich als den schwächeren Theil fühlen — die serbischen Bewohner Dalmatiens sind in offenem Aufstande; allenthalben steht die ultramontane Partei mit dem Föderalismus im Bunde, in Tirol repräsentirt sie — einige städtische Dasen ausgenommen — das ganze Land. Und dazu kommen noch unaufhörliche Streitigkeiten und Rabalen zwischen den Gliedern der cisleithanischen Regierung, stille, aber erbitterte Händel derselben mit dem Reichskanzler! Nirgend hat man den Freunden Vertrauen, den Gegnern Furcht einzusößen vermocht. Aus Galizien erfahren wir, daß die deutschen Professoren der Universität Lemberg die Auflösung und Verlegung dieser Stiftung Josephs II. nach Salzburg verlangen, weil sie den Untergang der dortigen deutschen Colonie und die Unhaltbarkeit der eigenen Position voraussehen und der unausbleiblichen Polonisirung der deutschen Hochschule deren Schließung vorziehen. Es sind die Polen und Ruthenen, welche auf die Erhaltung dieser deutschen Stiftung dringen, weil sie überzeugt sind, dieselbe mit der Zeit in ihre Hände zu bekommen. Die Ohnmacht des deutschen Elements in Böhmen und Mähren ist wesentlich dadurch genährt worden, daß dasselbe nicht in der Lage war, auf dauernde und energische Unterstützung der Regierung zu

rechnen. Die steigenden Ansprüche des slavischen Elements beweisen, daß man den Zorn der Wiener Machthaber die längste Zeit gefürchtet hat; ist die slavische Nationalität erst in den cisleithanischen Ländern förmlich anerkannt, so wird sich zeigen, daß ihre Unterwürfigkeit gegen die Magyaren niemals ernst gemeint war. In den Comitaten des nordöstlichen Ungarn treiben die Ruthenen eine stille aber unaufhaltsame Minirerarbeit, deren Ziel auf politischem Gebiete förmliche Anerkennung ihres nationalen Autonomierechts, auf kirchlichem, allmältige Loslösung von der katholischen Kirche ist.

So trägt der Föderalismus, auf den jetzt Alles hindrängt und den man zur Noth mit dem gegenwärtigen System versöhnen und verbinden zu können glaubt, bereits die Keime des Verderbens für die gesammte im J. 1867 geschaffene österreichische Ordnung der Dinge in sich. Ist das föderalistische Princip in den außerungarischen Ländern zur Anerkennung gekommen, so sind für diesen, Rückschritt der Kultur und Zerstörung der deutsch-österreichischen Colonien, auf welche die Regierung sich bisher stützte, ebenso unausbleibliche Folgen, wie für Ungarns Unterhöhlung der magyarischen Suprematie und vorschreitender Anspruch der Slaven. — So begreift sich, daß das unvermeidliche Herannahen der neuesten österreichischen Aera auch von denen ziemlich kleinmüthig begrüßt wird, die seine Unaufhaltbarkeit eingestehen und entschlossen genug sind, das Unvermeidliche zu thun, so lange es noch unter dem Schein freier Entschliebung geschehen kann. Von der hoffnungsvollen Begeisterung, die vor 21 Monaten Oesterreichs politische Ostern feierte, ist nirgends etwas zu spüren und selbst Graf Beust scheint die Segel seiner großmächtlichen Actionspolitik einzuziehen und sich damit zu begnügen, daß andere Leute den Austrag der egyptisch-türkischen Differenz besorgt haben.

Und in der That, nach welcher Seite sollte der k. k. Reichskanzler die Spitze seines diplomatischen Schiffs richten? Wo kann er Unterstützung für die Pläne finden, zu deren Durchführung er sich bei Uebernahme des österreichischen Staatsruders anheischig machte? Italien steht an unheilbarer Schwäche dahin und ist kaum mehr im Stande Männer ausfindig zu machen, die die Verantwortlichkeit für die Leitung seiner Geschäfte übernehmen wollen; Frankreich liegt in einem Fieber, dessen Beseitigung die erfahrensten Aerzte nicht absehen zu können erklären, von Rußland ist im günstigsten Fall nicht mehr als eine Vertagung seiner orientalischen und slavischen Actionspolitik zu erlangen! Daß Preußen mit seinen über den Main gerufenen Lösungswort: „Wir können warten“ Ernst macht, hat dem Reichskanzler die letzten Karten aus der Hand gespielt und wenn er dieselben ein Mal wieder aufnimmt, ist es zu spät, weil er dann keine Mitspieler mehr findet. jene Alliance mit Frankreich und Italien, von welcher seiner Zeit so viel Aufhebens gemacht worden, ist gestorben, ehe sie zur Welt gekommen und die letzten Wochen haben sie vollends begraben. Das neugebildete florentinische

Cabinet, das die traurige Erbschaft des Grafen Menabrea übernommen, zählt keinen einzigen entschiedenen Anhänger der Rachepolitik Lamarmoras, mit Katazzi's französischen Sympathien sind die besten Hoffnungen der Triplealliance verstorben und unter den neuen Rätthen Victor Emanuels sind mehrere, welche entschieden zu Preußen stehen, vor Allem General Gavone (jetzt Kriegsminister) der Unterhändler von 1866.

Die der italienischen parallel laufende französische Ministerkrisis ist noch nicht beendet. Der Kaiser hat das entscheidende Wort bis zu der in das neue Jahr fallenden Wiedereröffnung des Corps législatif verschoben und überläßt es der Pariser Presse, sich inzwischen mit der Zusammenstellung möglicher Ministerlisten zu unterhalten. Noch immer ist es fraglich, ob ein Ministerium Dllivier auf das Zusammenhalten der Majorität rechnen kann und Dllivier ist der einzige Mann, der noch Gläubige findet.

So geräuschvoll es auch bei der Prüfung der Wahlen zugegangen ist, so ist dieselbe doch hinter den Erwartungen der Feinde des Kaiserthums zurückgeblieben. Die Langathmigkeit dieser Procedur und die Eintönigkeit der pathetischen Phrasen, in denen die Opposition ihre sittliche Entrüstung über die Präfectenwirthschaft aussprach, beginnen die Geduld der Leser zu ermüden, welche nach den ersten Niederlagen des Herrn Forcade de la Roquette auf größere Effecte ihre Rechnung gemacht hatten. Es hilft nichts, daß die Unmöglichkeit einer Rückkehr zum persönlichen Regiment von allen Seiten eingeräumt wird, daß der Kaiser sich vor den Arcadiern zurückzieht, die Kaiserin der Theilnahme an den Cabinetsberathungen und ihrem Groll gegen die Tiers-Partei entsagt hat, — die Unfruchtbarkeit der oppositionellen Programme und die Unmöglichkeit, einen Erben des Kaiserthums auch nur zu denken, machen sich immer wieder geltend und verhindern, daß die französische Krisis den acuten Character annimmt, der die bisherigen Staatsumwälzungen in Paris herbeiführte. Das bemerkenswertheste Symptom für die große Veränderung, welche sich seit den letzten Monaten in der Auffassung des Staatsoberhauptes vollzogen hat, ist die Zurückhaltung der Regierung gegenüber den Ausschreitungen der Presse, deren vorgeschrittenere Organe sich in einem wahren Schlamm radicaler Gemeinheit baden und dem mangelnden Selbstgefühl der Nation durch Schmähungen gegen den Kaiser auf die Beine zu helfen versuchen. Wäre Herr Rouher noch im Amte, so ließe sich glauben, die Regierung beabsichtige, die radicale Presse der Rochefort und Genossen sich selbst compromittiren zu lassen und dann unter Zustimmung der öffentlichen Meinung zuzuschlagen. Die jetzigen Minister müssen sich gefallen lassen, daß man ihre Passivität einfach auf Rechnung des Gefühls der Unsicherheit und der Schwäche setzt, das sie an jeder Action hindert. Daß die öffentliche Meinung des Auslandes die Bedrohlichkeit der anti-imperialistischen Bewegung vielfach überschätzt, ist wesentlich dem Umstande zuzuschreiben, daß die gegenwärtige

Bügellosigkeit gewisser Pariser Blätter zu dem Zustande der bisherigen Gebundenheit in grellem Contrast steht.

Nicht nur das Bedürfnis nach einer Ausöhnung mit der Volksvertretung, sondern ebenso die Nothwendigkeit, die „starke Regierung“ wieder herzustellen, an welche das französische Volk gewöhnt ist, zwingen den Kaiser auf die Bildung eines neuen Cabinets zu denken. Wie immer dasselbe zusammengesetzt sein wird, eine Veränderung der auswärtigen Politik Frankreichs steht nicht zu erwarten. Wie die bisherigen, so werden auch etwaige künftige Versuche zu einer auswärtigen Diverfion ihren Zweck nicht erreichen; die französische Nationalität ist nach einer andern Seite hin engagirt und die gelegentlichen Fühler, welche gewisse bezahlte Pariser Journale periodisch herausstecken, beweisen nur, daß der rechte Zeitpunkt für Experimente am Rhein vorüber ist.

In minder bewegten Zeiten als den jetzigen würde die Aufmerksamkeit der Franzosen sicher eben so lebhaft auf Rom wie auf Paris gerichtet sein. Die französischen Kirchenfürsten, welche bis jetzt für ultramontan galten und deren Begünstigung dem von Priestern, Soldaten und Bauern aufgebauten zweiten Kaiserreich häufig genug zum Vorwurf gemacht worden ist — diese Kirchenfürsten stehen innerhalb des Concils an der Spitze der Partei, welche den päpstlichen Unfehlbarkeitsgelüsten in den Weg tritt. Für Frankreich werden die Entscheidungen, die man von der römischen Kirchenversammlung erwartet, in der That wichtig genug sein, um den Eifer zu rechtfertigen, mit welchem die französischen Prälaten das Papstthum vor einem Schritt warnen, der in jeder Rücksicht gefährlich erscheint. Auch wenn es wahr ist, daß das neue Dogma der päpstlichen Infallibilität streng auf das Gebiet des Glaubens beschränkt werden soll, steht außer Zweifel, daß ein Sieg der Jesuiten dieses Mal der Curie zum Pyrrhus-Siege werden könnte. Wenn Männer von dem kirchlichen Eifer eines Dupanloup diese Lehre für unannehmbar erklären, so werden die zahlreichen Glieder des niederen Clerus in Frankreich, die an den Traditionen des Gallicanismus festhalten, für dieselbe Sache sicher einen sehr viel härteren Namen finden. Und nicht diese allein. Ganz abgesehen von der Opposition aller gebildeten Katholiken in Deutschland, Oestreich, Ungarn, Spanien u. s. w., und dem ungeheuren Lärm, den der kirchenseindliche Radicalismus in diesen Ländern und in Italien über eine solche Beleidigung des modernen Bewußtseins anschlagen würde — ist an die Millionen unirter Katholiken zu denken, welche im Osten Europas leben und unter denen eine anti-römische Agitation seit lange im Schwunge ist. Rom hat auf die unirte Kirche von jeher ein besonderes Gewicht gelegt, weil dieselbe die einzige Brücke bildet, die zu einer Wiedervereinigung mit dem orientalischen Schisma führen könnte. Nicht ohne Absicht hat grade Pius IX. wiederholte Versuche ge-

macht, die durch römische Uebergriffe verstimmten Unirten in Ungarn, Galizien u. s. w. durch Concessionen zu versöhnen; zum ersten Male seit Menschengedenken wurde einem unirten Prälaten, dem verstorbenen Metropolitene Lewitzky von Lemberg die Cardinalswürde verliehen und dabei manches ermutigende Wort von Concessionen an den historischen Charakter dieser Kirchengemeinschaft gesprochen. Mindestens in einem großen Theil der unirten Eparchien würde das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit den empfindlichsten Anstoß geben. Daß das Terrain hier für einen Abfall von Rom bereits leidlich vorbereitet ist, dafür haben wir in der letzten Woche ein paar neue Belege erhalten. In den unirten Ruthenengemeinden Galiziens und Ost-Ungarns circulirt eine Petition, welche vollständige Wiederherstellung des ursprünglichen Charakters der griechisch-unirten Kirche von dem Concil fordert. Nicht nur, daß die Sprache dieser Adresse nichts weniger wie ehrerbietig ist, ihr Inhalt enthält Forderungen, wie sie kaum jemals früher an die Curie gestellt worden sind. Der Ritus der unirten Kirche soll seinen schmerzlich vermißten orientalisch-slavischen Charakter wiedererhalten, die slavonische Sprache im Gottesdienst der lateinischen gleich gestellt, endlich den Eparchien und Gemeinden das Recht ertheilt werden, ihre Priester und die Bischöfe selbst und zwar durch die Vermittelung von Laien beschickter Synoden zu wählen. Und um alle Zweifel an der separatistischen Tendenz der Bittsteller auszuschließen, verlangen dieselben noch die Bildung eines geschlossenen unirten Patriarchats von wesentlich slavischer Farbe. Wenn man in Betracht zieht, daß diese Agitation mit den panslavistischen oder richtiger gesagt großrussischen Tendenzen der österreichischen Slaven im engsten Zusammenhang steht, so wird man keine weitere Belehrung über das Gewicht derselben nöthig haben. Selbst wenn dieselbe zunächst in den Sand verläuft, läßt sie doch darauf schließen, wie die Aufnahme beschaffen sein würde, auf welche das Dogma von der päpstlichen Unfehlbarkeit in diesen Regionen zu rechnen hätte. Für die Wiener Regierung, welche an der Erhaltung des Zusammenhangs zwischen Unirten und Katholiken aufs Höchste interessirt ist, würde mit der Auslehnung der Ersteren wiederum einer der Gründe wegfallen, welche bisher für Rücksicht auf die Curie sprachen. Wenn das „Bürgerministerium“ auch sonst auf kein dauerndes Gedächtniß in der österreichischen Geschichte rechnen kann, der von ihm vollzogene Bruch mit dem Concordat wird ihm unvergessen bleiben, so weit das Scepter Franz Josefes reicht, denn er läßt sich weder verkleinern noch zurücknehmen — am wenigsten, wenn die Curie die Herausforderung auszusprechen wagt, zu welcher sie von ihren jesuitischen Freunden gedrängt wird.

Wie das alte Oestreich Spanien zum treuesten Genossen hatte, so oft es sich um Dienstleister für die römische Sache handelte, so haben diese beiden Staaten auch in dem Verhalten gegen die Curie, das ihnen der Drang der

letzten Jahre aufnöthigte, ähnliche Rollen gespielt. Die liberalen Regierungen beider Länder haben, so ohnmächtig sie auch sonst waren, in dem Kampfe gegen die traditionelle Priesterherrschaft eine gewisse Würde und Energie gezeigt. Daß Regierung und Volksvertretung des königslosen Königthums Spanien — dieauf politischem Gebiet darin wetteiferten, unausführbare Programme aufzustellen — den Muth gehabt haben, der römischen Kirche den bis dazu unbedingten Gehorsam ihres Volks aufzusagen, das läßt sich nicht mehr ungeschehen machen und wird — auch wenn Rücksälle eintreten sollten — in das Programm jeder künftigen Regierung mit aufgenommen werden müssen, die irgend auf Bestand rechnen will. Daß diese Regierung nicht die des Herzogs Thomas Albert von Savoyen sein wird, ist trotz der entgegenstehenden Versicherungen Prim's ausgemacht. Mit der Candidatur dieses Prinzen scheinen die besten Hoffnungen der Monarchisten zu Grabe gegangen zu sein, und die von mehreren republikanischen Führern abgegebene Erklärung, man werde die republikanische Regierungsform fortan nicht mehr mit den Waffen in der Hand, sondern mit gesetzlichen Mittel nanstreben, bestätigt nur, daß die Chancen der republikanischen Partei seit der letzten Niederlage derselben wieder gewachsen sind und eine breitere Basis gewinnen. — Republik und Anarchie sind in romanischen Ländern seit lange gleich bedeutende Begriffe und in Spanien bedarf es der republikanischen Staatsform nicht erst, um aus der chronischen Krankheit des Staates eine acute zu machen. So tief scheint der Krankheitsstoff in dem Blut der verkommenen Völker der Pyrenäischen Halbinsel zu sitzen, daß die in Spanien herrschende Aufregung sich auch dem benachbarten Portugal mitgetheilt hat und die Regierung des Königs Dom Luis, durch ein englisches Journal erklären zu lassen für gut hielt, sie sei noch nicht unmöglich gemacht! Und man sollte doch glauben, daß die letzten 14 Monate spanischer Geschichte geeigneter gewesen wären, von Revolutionen abzuschrecken, als zu ihnen aufzumuntern!

Im Gegensatz zu jenen Staaten Europas — sie bilden die Mehrheit — in denen Kämpfe um Erhaltung der gegebenen Staatsform das Leben der Völker bewegten, ist Preußen während der letzten Wochen ausschließlich in die Arbeit vertieft gewesen, welche erfolgreich nur gethan werden kann, wenn man das ABC des Staatslebens hinter sich hat. Und diese Arbeit ist, — was das Abgeordnetenhaus anlangt, eine glücklichere gewesen, als sich nach den Erfahrungen des letzten Winters und Frühjahrs erwarten ließ. Trotz der Differenzen innerhalb der nationalliberalen Partei, welche während der Commissionsberatungen über das Consolidationsgesetz zu Tage traten, ist die Camphausen'sche Vorlage mit sehr bedeutender Majorität und unter glücklichen Auspicien angenommen worden. Von den zahlreichen Gegnern der Vorlage, welche das Wort ergriffen, hat keiner nachhaltigen Eindruck auf die öffentliche Meinung des Landes hervorzubringen gewußt. Für die Fort-

Schrittspartei war es von vornherein ein ungünstiger Umstand, daß der Redner, der den Hauptangriff versuchte, sich wenige Wochen früher für das Princip ausgesprochen hatte, auf welchem die Vorlage fußte und daß er aus diesem Grunde auf die Bemäkelung von Details und auf pathetische Vorwürfe gegen die nationale Politik des Reichskanzlers beschränkt war, die mit der Sache selbst kaum etwas gemein hatten! Auch die ziemlich zahlreichen Conservativen, welche ihr Votum gegen die Camphausen'sche Bill abgaben, haben sich dadurch keine Sympathien erworben. Daß es irrationell sei, neue Schulden zu drückenden Bedingungen zu machen, um damit die bequemer angelegten alten Schulden zu bezahlen, liegt zu sehr auf der Hand, um nicht jedem Unparteiischen einleuchten zu müssen. Die Gegner der Maßregel, welche das bisherige irrationelle Verfahren abgeschafft hat, mußten sich darum den Vorwurf systematischer Opposition machen lassen, und die Zeiten sind vorüber, in welchen diese auf sichern Eindruck bei dem Volk rechnen konnte. — Die Rubrik, unter welche das negative Votum des Grafen zur Lippe zu bringen wäre, ist bis jetzt noch nicht gefunden. Der frühere preußische Justizminister hat sich an die Spitze der Unversöhnlichen des Herrenhauses gestellt und sucht seinen ehemaligen Kollegen bei jeder sich darbietenden Gelegenheit in den Weg zu treten. Einerlei, ob es sich um specifisch preußische oder um Fragen handelt, welche den gesammten Bund betreffen, ob der neue Finanzminister oder der Erbe des Grafen neue Gesetzesvorschläge einbringen, — Graf zur Lippe macht Opposition und sammelt conservative oder pseudo-liberale Particularisten unter seine Fahnen. Nur in einem Staat, der noch keine feststehende parlamentarische Tradition besitzt, ist es möglich, daß ein auf höherer socialer Stufenleiter stehender Politiker die einfachen Regeln politischer Schicklichkeit öffentlich mit Füßen tritt und lediglich weil er sich in seinem Amte nicht behaupten konnte, ein Ministerium angreift, dem er Jahre lang selbst angehörte. Selbst die dünne Decke alter Meinungsverschiedenheiten, die mit der Zeit deutlicher hervorgetreten sind, hat Graf zur Lippe seinem Verhalten umzuhängen verschmäht: er opponirt, weil er nicht mehr Minister ist den Männern, welche glücklicher oder ausdauernder waren, als er selbst!

Die letzten Tage, welche der Vertagung der Session vorhergingen, haben die Berathungen des Budgets so wesentlich gefördert, daß die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die neue Kreisordnung ziemlich nahe bevorsteht. Was bis jetzt über die Verhandlungen der Vorberathungs-Commission bekannt geworden, läßt die Annahme der Eulenburg'schen Vorlage durch das Abgeordnetenhaus wahrscheinlicher erscheinen, als es nach der ersten Debatte der Fall war. Die Hauptschwierigkeit wird voraussichtlich das Herrenhaus bilden. Schon aus den Andeutungen der Kreuzzeitung läßt sich ersehen, daß die Modificationen, welche der Minister des Innern dem Abgeordnetenhause

und später der Commission desselben zugestanden hat, die preussische Pairie in der Abneigung wesentlich bestärkt haben, welche dieselbe der Vorlage von Hause aus entgegen trug. Es wird eines sehr nachhaltigen Druckes von Seiten der Regierung und des Hofes bedürfen, um „die Vertreter der conservativen Staatsinteressen“ auch dieses Mal zum Nachgeben zu bewegen und die Opposition auf die näheren Freunde des Grafen zur Lippe zu beschränken. Hat das Herrenhaus doch seit den Tagen seiner Zusammensetzung stets an einer aus egoistischem Eigensinn und schwächlicher Gefügigkeit zusammengesetzten Politik festgehalten, welche man in Preußen die conservative nennt, obgleich sie gleich systematisch für Herabdrückung des Ansehens der Elemente gesorgt hat, welche sich berufen hielten, dem demokratischen Zuge der Zeit hemmend in den Weg zu treten. Niemanden ist die Demokratie für ihre Herrschaft über die Gemüther so tief verpflichtet, wie den Körperschaften, welche in Deutschland die Rolle der Pairie spielten, obgleich ihnen alle Eigenschaften einer solchen fehlen. Das Berliner Herrenhaus, das sich bisher als Hauptträger der Politik betrachtete, welche die Erfolge von 1866 möglich machte, hat sich durch die Aufnahme einer bundesfeindlichen Politik geradezu den Rest gegeben und seine Unfähigkeit nach einer Seite hin nachgewiesen.

Zu den bemerkenswerthen deutschen Ereignissen der letzten Wochen sind auch die Vorgänge in den beiden Häusern des sächsischen Landtags zu zählen. Während die zweite Kammer einen Fleiß und eine Regsamkeit bewies, welche zu der indolenten Haltung der nach dem früheren System gewählten Volksvertretung in anerkennenswerthem und erfreulichem Gegensatz steht, haben die in Dresden versammelten sächsischen „Herren“ unter Vortritt des Grafen Hohenthal einen Versuch gegen die Ausdehnung der Bundescompetenz auf das Rechtsgebiet unternommen, der von der Unbelehrbarkeit gewisser Leute erfreuliches Zeugniß ablegt und dem sich der in die zweite Kammer gebrachte Antrag des Abgeordneten Sachse würdig anreihet. Dem Justizminister Dr. Schneider ist durch die Querköpfigkeit der sächsischen Ultras zu einem Bekenntniß bundestreuer Gesinnung Veranlassung gegeben worden, von dem wir bereitwillig Act nehmen. In Sachsen, wo die materiellen Interessen des gesammten Landes an der Entwicklung der neuen Ordnung der Dinge aufs stärkste interessirt sind, müssen gelegentliche Ausbrüche particularistischer Kurzsichtigkeit besonders dankbar aufgenommen werden; denn sie erinnern die Bevölkerung immer wieder daran, wohin sie naturgemäß gravitirt und constatiren außerdem, daß die politische Krankheit, welche durch ein System künstlicher Unterbindung der gesunden Organe herbeigeführt und erhalten worden war, in der Abnahme begriffen ist und ihre Ursache nicht lang überleben wird.